

Freiwilligenarbeit als Notnagel oder Neuformierung von Zivilgesellschaft?

Ilker Ataç

Der 31. August 2015 war ein symbolischer Tag für den Anfang des langen Sommers der Migration. An diesem Tag sind mehrere Tausend Flüchtlinge am Wiener Hauptbahnhof und Westbahnhof angekommen, nachdem die ungarische Polizei sich vom Bahnhof Keleti in Budapest zurückgezogen hatte. Die österreichische Regierung hatte nach Absprache mit der deutschen Regierung die Flüchtlinge nicht aufgehalten und die Grenzen in beide Richtungen geöffnet und den Flüchtlingen Ein- und Ausreise ohne Passkontrolle ermöglicht. So konnten sich die Flüchtlinge, die über den ganzen Sommer und davor jahrelang clandestine und mit der Inanspruchnahme der teuren und gefährlichen Dienste von Schlepper unterwegs waren, mit den öffentlichen Zügen bewegen (#trainofhope). An diesem Tag wurde ersichtlich, wie die europäische Grenz- und Asylpolitik zum Scheitern kam.

Am gleichen Tag fand auch eine Demonstration in Wien statt, in der mehr als 20.000 Menschen teilnahmen. Der Anlass für diese Demonstration waren die Zustände im Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen, die über die Sommertage die Öffentlichkeit beschäftigte. Die Erstaufnahmestelle war überfüllt, die Asylwerber_innen hatten kaum Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung. Es fehlten Übersetzungsangebote, viele schliefen im Freien. Administrative Hürden und Verzögerung beim Weitertransport in andere Einrichtungen wurden im Bericht von Amnesty International als besondere Problembereiche festgelegt (Amnesty International 2015). Dieser beschrieb die Situation vor Ort als „strukturelles Versagen“ insbesondere für Kinder und Jugendliche ohne Eltern. Im Laufe des Sommers kam es zu unterschiedlichen Formen der ehrenamtlichen Mobilisierung in Traiskirchen. Es wurden seitens Unterstützer_innen Hilfsgüter an die Flüchtlinge verteilt, sporadische Deutschkurse fanden statt, Betreuungsangebote für Kinder wurden organisiert und Hotspots für Internetzugang zur Verfügung gestellt. Die kritische Öffentlichkeit äußerte scharfe Kritik gegen die Asylpolitik des Innenministeriums.

Die Demonstration am 31. August war von einer Privatperson angemeldet und der Aufruf über die sozialen Medien verbreitet. Dass an dem Tag so viele an der Demonstration teilgenommen haben, hatte einen weiteren Grund. Vier Tage vor der angekündigten Demonstration entdeckte die österreichische Polizei 71 Leichen von Flüchtlingen in einem LKW an einem Autobahnparkplatz in der Nähe von Wien. Die schrecklichen Bilder führten zu öffentlicher Empörung und zu Debatten über die europäische Grenz- und Asylpolitik. Die zahlreiche Teilnahme an der Demonstration und der leitende Slogan „Refugees Welcome“ waren deutliche Zeichen einer kritischen und aktiven Zivilgesellschaft in Österreich.

Was in den nächsten Tagen in Österreich und über die Grenzen hinaus passierte, führte zum Verstetigen dessen, was als Sommer der Migration beschrieben wird (Kasperek/Speer 2015). Am nächsten Tag sperrte zunächst die ungarische Polizei den Budapester Bahnhof. Dadurch wuchs das informelle Camp vor dem Bahnhof Keleti auf mehrere Tausend an. Zwei Tage später am Donnerstag wurde der Bahnhof für Flüchtlinge wieder ge-

öffnet. Der erste Zug brachte rund 500 Flüchtlinge statt Richtung Österreich nach Bicske, ein Flüchtlingslager 35 km östlich von Budapest. Die Polizei stellte den Zug um, einige Flüchtlinge weigerten sich aus dem Zug auszusteigen und leisteten Widerstand gegen die Verhinderung ihrer Weiterreise. Tweets und Facebook-Einträge mit dem Foto eines Flüchtlings, welcher sich mit seinem Kind auf die Schienen wirft, um ihren Abtransport zu verhindern, wurden tausende Male geteilt und führten in Österreich zu bewegten Debatten und erhöhter Aufmerksamkeit über die Situation der Flüchtlinge in Ungarn.

Am nächsten Tag machten sich tausende Flüchtlinge aus Budapest zu Fuß auf den Weg Richtung österreichische Grenze (#marchofhope). Auch in Bicske marschierten hunderte Flüchtlinge auf den Bahngleisen Richtung Österreich. An der ungarisch-serbischen Grenze setzten Flüchtlinge im Lager aus Protest ihre Zelte in Feuer. Als Reaktion auf den Marsch der Flüchtlinge erklärten die deutsche und österreichische Regierung ihre Grenze zu öffnen und die Flüchtlinge aufzunehmen. In den folgenden Monaten bis heute sind hunderttausende Flüchtlinge über die Grenzen gekommen. Sie haben öfter als Reaktion auf die Schließung der Grenzen ihre Routen verändert. Sie sind die Protagonist_innen des langen Sommers und die Zivilgesellschaft hat einen Beitrag dazu geleistet, damit sichere Korridore für Fluchtwege entstehen.

Vorerst waren viele Unterstützer_innen an beiden Wiener Bahnhöfen aktiv. Ziemlich schnell, noch am ersten Tag der Ankunft der Flüchtlinge kam es zur Mobilisierung der Freiwilligen um Spenden zu sammeln und die Verteilung dieser zu koordinieren. Die Flüchtlinge wurden an den Bahnhöfen mit einem warmen Willkommen empfangen. Übersetzer_innen spielten eine wichtige Rolle für die erste Kommunikation zwischen den Flüchtlingen und Unterstützer_innen. Erste Informationen wurden vor Ort ausgetauscht und Wege gesucht um die vermissten Angehörige zu finden. Oftmals wurde gesundheitliche Unterstützung von Freiwilligen geleistet. Die bewegende Debatte über die Lage der Flüchtlinge davor fand ihren Ausdruck in der konkreten Unterstützung an den Bahnhöfen.

Als Reaktion auf die Lage der Flüchtlinge in Ungarn, noch vor dem großen Marsch aus Budapest kam es in Österreich zu mehreren privat organisierten Fahrten von engagierten Personen nach Ungarn, um Hilfsgüter nach Ungarn zu bringen, die auf ihrem Rückweg Flüchtlinge nach Österreich mitgenommen haben. Robert Misik, ein bekannter Journalist, berichtete in einem Artikel, wie er zum „Schlepper“ wurde, in dem er nach Budapest fuhr, um die Situation vor Ort selbst zu sehen und auf seiner Rückreise nach Wien Flüchtlinge mitnahm (Misik 2015). In der Woche riefen Aktivist_innen über soziale Medien die Initiative *Konvoi Budapest-Wien – Schienenersatzverkehr für Flüchtlinge* ins Leben, die große öffentliche Aufmerksamkeit erhielt. Unter dem Motto „Menschlichkeit kennt keine Grenzen!“ organisierten Aktivist_innen einen Konvoi aus Privatautos und Bussen, um Flüchtlinge über die Grenze zu bringen. Dies führte zu einer öffentlichen Debatte, über die Legitimität der Fluchthilfe und ab wann Formen der zivilen Ungehorsam zu menschlicher Pflicht werden. Mehrere öffentlich und privat organisierte Konvois folgten in den folgenden Wochen, um Flüchtlinge über die Grenze zu bringen.

In den folgenden Wochen haben mehrere Freiwillige und Aktivist_innen aus Österreich aber ebenso aus Nachbarländer wie Deutschland, Slowakei, Tschechien, Ungarn u.a. an diversen Grenzübergängen Unterstützungsarbeit geleistet. Zuerst an der ungarischen-serbischen Grenze in Rösztke sowie an der ungarisch-österreichischen Grenze Niklasdorf, später an weiteren Grenzübergängen zwischen Serbien und Kroatien, Kroatien und Ungarn, Kroatien und Slowenien und zuletzt zwischen Slowenien und Österreich in Spielfeld. In der Zeit sind mehrere transnationale Facebook-Seiten mit tausenden von Mitgliedern

entstanden, um gemeinsame Aktionen zu koordinieren und Informationsaustausch zu gewährleisten. An vielen Grenzübergängen wurden Hilfsgüter verteilt, eine Infrastruktur aufgebaut, sanitäre Räume errichtet, oft unter prekären Bedingungen, in denen es kaum Unterstützung von etablierten NGOs oder staatlichen Einrichtungen gegeben hat. Aktivist_innen haben interaktive Karten produziert, um Flüchtlingen sowie Unterstützer_innen über die Situation an den Grenzübergängen zu informieren. Es wurde Übersetzungshilfe in Form von phrase books produziert, ein mehrsprachiges Booklet mit Vokabeln und Phrasen, um Ankommende bei der Orientierung nach der Einreise zu unterstützen. Es wurden nützliche Informationen als FAQs online zugänglich gemacht, um Unterstützer_innen über die rechtliche Lage und Umgang mit Flüchtlingen zu coachen.

Die Kumulation zivilgesellschaftlicher Aktivitäten führte zur Entstehung verschiedener Netzwerke, die für Flüchtlinge Bewegungsfreiheit ermöglichten. Die Zusammensetzung sowohl der Akteur_innen als auch der Aktivitäten war heterogen. Bahnhöfe, Grenzübergänge, Autobahne und Lager wurden zu Räumen der Solidarität mit den Flüchtlingen. Viele Aktionen entstanden spontan und waren teils temporär, es gab Versuche diese nachhaltig auszubauen. Soziale Medien bildeten wichtige Instrumente, um diese Tätigkeiten zu organisieren. Es kam dabei zu transnationalen Bündnissen zwischen den Ehrenamtlichen, NGOs und Aktivist_innen. Die Motivation der Beteiligten war divers; einige taten es aus humanitären Gründen, andere aus politischer Überzeugung für eine Welt ohne Grenzen. Die Aktivitäten waren ebenso unterschiedlich und reichten von klassischen Formen der ehrenamtlichen Arbeit bis hin zu Aktivitäten, die legal umstritten waren in Form des zivilen Ungehorsams.

Freiwilligeninitiativen treten verstärkt als Akteure auf

Die Unterstützung der Flüchtlinge von privaten Initiativen ist nichts Neues, sie hat Tradition. Es gibt seit je selbstorganisierte Willkommensinitiativen für Neukommende auf lokaler Ebene. Oft gehen diese Aktionen über Geld- und Sachspenden hinaus, sie nehmen Formen der praktischen Hilfe wie Übersetzungen im Alltag, Unterstützung bei den Behördengängen, beim Zugang zu Ausbildungswegen und bei der Jobsuche an. Begleitung bei der Wohnungssuche, Organisierung der Schlafplätze und Wohnungen oder auch Flüchtlinge zu Hause aufzunehmen sind weitere Formen der Unterstützung. Familienbetreuung, psychologische und soziale Betreuung und Formen der finanziellen Unterstützung werden von privaten Personen und Initiativen übernommen, um Flüchtlingen die Ankunft und das Einleben in der Gesellschaft zu erleichtern. Es werden vermehrt Aufgaben wie Rechtsberatung, die spezifische Expertise bedarf und üblicherweise von etablierten NGOs angeboten werden, von selbstorganisierten Initiativen übernommen. Damit werden Aufgaben des Staates von der Zivilgesellschaft abgenommen und privatisiert, weil entweder die staatlichen Akteure überfordert sind, oder auch die restriktive Gesetzeslage sowie Inszenierung einer Notlage die soziale und rechtliche Lage der Flüchtlinge erschweren.

Nicht zuletzt gibt es auch Initiativen auf der Gemeindeebene, die im Kontext der Quartierkrise über die Verteilung von Asylsuchenden in Österreich, solidarische Positionen angenommen haben und sich für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen. Bei diesen Initiativen auf der Gemeindeebene sind die Bürgermeister_innen Schlüsselfiguren, die Kommunikationsstrukturen aufbauen, um eine positive Haltung in der Gemeinde zu herstellen sowie bestehende Strukturen und Initiativen vernetzen, um die Flüchtlinge beim Ankommen zu unterstützen sowie für passende Unterbringung zu sorgen. Andererseits

haben sich einige der Gemeinden explizit gegen die Asylpolitik der EU und Österreich widersetzt, wenn es darum geht Abschiebungen zu verhindern und sich als Akteur_innen des zivilen Ungehorsams positioniert.

Das Besondere an den im ersten Teil beschriebenen Unterstützungsaktionen ist, dass diese spontan aus hohem Bedarf geboren wurden und implizit eine Kritik der österreichischen und europäischen Politiken beinhalten. Bei vielen dieser Aktionen in Österreich ging es darum die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge zu ermöglichen und Korridore für den Fluchtweg zu eröffnen. Bis zum Scheitern des europäischen Grenzregimes stand der Schutz der europäischen Grenzen über den Menschenrechte und Leben der Flüchtlinge. Die Umbrüche im europäischen Grenzregime sind dennoch nicht neu. Das Dublin-System funktioniert seit Jahren nicht. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte in einem Urteil im Jahr 2011 entschieden, Griechenland aus dem Dublin-II Abkommen auszuschließen aufgrund miserabler Schubhaftbedingungen und langer Asylverfahren ohne funktionierende Institutionen. Seit 2011 finden deswegen keine Rückstellungen nach Griechenland im Rahmen der Dublin-Verordnung statt. Auch die Schiffsunfälle vor Lampedusa im Oktober 2013 mit hunderten Toten führten zu einem Umdenken in europäischen Diskursen und Politiken. Die Operation *Mare Nostrum*, die als Reaktion auf die Schiffsunfälle von der italienischen Regierung für ein Jahr eingeführt wurde, führte dazu, dass über 150.000 Menschen im Mittelmeer gerettet wurden. Seitdem gibt es auch eine größere mediale Aufmerksamkeit darüber, was im Mittelmeer passiert und in der Folge kam es zur Stärkung des humanitären Diskurses. Nicht zuletzt spielten hier zivilgesellschaftliche Initiativen wie das Monitoring der Situation im Mittelmeer (*Watch The Med Alarmphone*) aber auch *Sea-Watch*, das Ersthilfe den Flüchtlingsbooten am Mittelmeer gibt und Rettungsmaßnahmen forciert.

Fordert die Zivilgesellschaft das nationale und europäische Grenzregime heraus?

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Migrations- und Fluchtbereich werden je nach deren Zielsetzung, ihrem Verhältnis zur Politik und zu Migrant_innen/Flüchtlingen sowie ihrer Organisationsform als „problemorientiert“ und „kritisch“ unterschieden. Die „problemorientierten“ Aktivitäten beinhalten in der Regel „Services“ für Asylwerber_innen und Migrant_innen, die in vielen Fällen von staatlichen und kommunalen Einrichtungen finanziert werden. Es geht um Tätigkeiten wie soziale und rechtliche Beratung, sowie auch um Angebote im Bereich der Unterkunft und sozialer Dienste. Ein Grund dafür ist, dass diese Services von den NGOs und karitativen Organisationen günstiger angeboten werden. Inzwischen nehmen auch gewinnorientierte Firmen diese Aufgaben wahr. Auch Services wie Gesundheit und Unterkunft für undokumentierte Migrant_innen werden von den zivilgesellschaftlichen Organisationen übernommen, weil die nationalstaatlichen Institutionen in der Regel die sozialen Rechte dieser Gruppen nicht anerkennen, aber froh sind, wenn karitativen Organisationen sich mit einem humanitären Anspruch als „Lückenbüßer“ in diesen Bereichen einsetzen.

Die „kritische“ Form des zivilgesellschaftlichen Engagements tritt in Form von sozialen Bewegungen, selbstorganisierten Gruppen aber auch NGOs auf, um sich für die Rechte von Migrant_innen und Flüchtlinge einzusetzen, pro-migrantische Positionen zu stärken sowie Druck auf die Regierungen auszuüben. Sie treten als Solidaritätsgruppen auf, verhindern Abschiebungen, publizieren Berichte und machen Öffentlichkeitsarbeit, um Einfluss auf Gesetzgebungsprozess zu nehmen sowie überwachen Verwaltungspraktiken um

menschenrechtskonforme Verfahren zu stärken. Kämpfe nehmen auch juristische Formen an, um über nationale und internationale Höchstgerichte rechtliche Verbesserungen zu erreichen. Nicht zuletzt gibt es Mischformen, die sowohl Services anbieten als auch für die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen kämpfen. Initiativen wie *Medibüro* in Berlin oder *Undok* in Wien¹ bieten sowohl Services für undokumentierte Migrant_innen an, zielen aber auch auf die Veränderung des Migrationsregimes ab.

Das vermehrte Engagement von Einzelnen und Initiativen in den letzten Monaten öffnet Perspektiven, wie eine Willkommenskultur ausschauen kann und welche Konflikte entstehen. Unterschiedliche Motive der Beteiligten und deren Selbstverständnis führen zu Debatten zwischen denjenigen, die ihre Arbeit als humanitär verstehen und anderen, die ihre Tätigkeit als Kritik des europäischen Grenzregimes sehen. Staatliche Akteure versuchen dabei durch diskursive Strategien die Zivilgesellschaft zu kooptieren und ihr Handeln auf eine humanitäre Dimension zu reduzieren. Z.B. führt die permanente Inszenierung und Realisierung einer Notsituation dazu, dass zivilgesellschaftliche Akteure handeln, um Defizite der Grenz- und Asylpolitik zu begleichen. An den Grenzübergängen wurde die „Kontrolllogik“ längst installiert und die Rolle der Zivilgesellschaft auf Suppe-Kochen reduziert. Die folgerichtige Erschöpfung der Engagierten führt zu der Annahme, dass die gesellschaftlichen Kapazitäten erschöpft sind. Dabei wird übersehen, dass die europäische und nationale Grenz- und Asylpolitik in der letzten Dekade keine adäquate Harmonisierung herbeiführen konnte und das System von Dysfunktionalitäten und Menschenrechtsverletzungen geprägt ist, zulasten der Flüchtlinge.

Die Begegnungen mit den Flüchtlingen im Alltag und an den Grenzübergängen ermöglicht die Auseinandersetzung mit den Folgen des nationalen und europäischen Grenzregimes. Die Frage, die sich stellt, ist, wie können wir eine Gesellschaft aufbauen, indem alle die gleichen Rechte und Privilegien haben. Flüchtlinge sind die Protagonist_innen der gegenwärtigen Bewegungen. Wir können nur mit ihnen eine solidarische Gesellschaft aufbauen.

Literatur

- Amnesty International (2015): Quo Vadis Austria? Die Situation in Traiskirchen darf nicht die Zukunft der Flüchtlingsbetreuung in Österreich werden, unter: https://www.amnesty.at/de/view/files/download/showDownload/?tool=12&feld=download&sprach_connect=332
- Kasperek, Bernd/Speer, Marc (2015): Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration, unter: <http://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/>
- Misik, Robert (2015): Wie ich zum Schlepper wurde, unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-09/budapest-freiwillig-schlepper>

Anmerkungen

1 <http://www.medibuero.de/>; <http://undok.at/>